

RESEARCH

Anne-Kerstin Tschammer

Sprache der Einheit

Repräsentation in der Rhetorik
der Wiedervereinigung 1989/90

 Springer VS

Sprache der Einheit

Anne-Kerstin Tschammer

Sprache der Einheit

Repräsentation in der Rhetorik
der Wiedervereinigung 1989/90

Anne-Kerstin Tschammer
Berlin, Deutschland

Zgl. Dissertation an der Philipps-Universität Marburg, 2018

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

ISBN 978-3-658-26200-6 ISBN 978-3-658-26201-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26201-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

*Für Arne,
Rosa Helene & Bruno*

Vorwort

Als die Mauer am 9. November 1989 fiel, lebte ich mit meiner Familie in West-Berlin. Die Mauer war uns schmerzlich bewusst. Meine Mutter und ihr Vater hatten ihren Bau voller Wut und Verzweiflung über den Riss durch ihre Heimatstadt erlebt. Meine Großeltern väterlicherseits lebten in Münchberg, Oberfranken. Jeder Besuch begann mit den Grenzkontrollen und der Fahrt durch die DDR, die nicht nur auf uns Kinder unheimlich wirkten. Mauerfall und Wiedervereinigung erlebten wir als großes Glück, gleichsam als selbstverständliche Korrektur eines unhaltbaren Zustandes. Dass dies nicht alle so empfinden konnten und es für viele auch nicht so war, war eine Erkenntnis späterer Jahre. Mich so intensiv mit dieser so bedeutsamen und spannenden Phase deutscher Geschichte befassen zu dürfen, war das Glück und der Ansporn meiner Arbeit.

Das vorliegende Buch ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die vom Fachbereich Germanistik und Kunstwissenschaften der Philipps-Universität Marburg im Mai 2018 angenommen wurde.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Andreas Dörner. Als ich ihn 2010 um die Betreuung meiner Dissertation bat, schenkte er mir, obwohl ich nicht bei ihm studiert hatte, das Vertrauen, zu einem guten Ergebnis zu kommen. Mit großer Offenheit für das Thema der Repräsentation und Rhetorik, mit konstruktiver Kritik und wertvollen Anregungen half er mir, die Arbeit voranzubringen. Dabei ließ er mir so viel Freiraum wie möglich und setzte sich stets für das Gelingen meines Promotionsvorhabens ein. Ebenfalls möchte ich meiner Zweitgutachterin, Angela Krewani, danken sowie den weiteren Mitgliedern der Prüfungskommission, Malte Hagener und Dietmar Kammerer. Auch den Mitarbeiterinnen vom Akademischen Prüfungsamt des Fachbereichs sowie des Instituts für Medienwissenschaft gilt mein Dank.

Danken möchte ich auch Thomas W. Benson. Seiner Einladung, ein Semester als Gastforscherin am Department of Communication Arts & Sciences der Pennsylvania State University, USA zu verbringen, verdanke ich die wertvolle Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Rhetorikforschung und rhetorischen Kritik. Für erkenntnisreiche Gespräche und wichtiges Feedback zu meinen ersten rhetorischen Analysen danke ich Stephen H. Browne und Kirt H. Wilson.

Die Recherche in den Archiven der parteinahen Stiftungen brachte wesentliche Erkenntnisse zum Forschungsgegenstand. Dazu trug das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs der sozialen Demokratie, des Archivs des Liberalismus, des Archivs für Christlich-Demokratische Politik und

des Willy-Brandt-Archivs wesentlich bei. Ihnen gebührt mein herzlicher Dank. Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen vom Bundesarchiv und vom Bundespräsidialamt für die Recherche und Einsicht von Akten rund um die Redetätigkeit Richard von Weizsäckers. Ein besonderer Dank gilt auch dem Deutschen Rundfunkarchiv, Standort Babelsberg für die Bereitstellung diverser audiovisueller Quellen. Auch dem Landesarchiv Berlin danke ich für Recherchen.

Herzlich danken möchte ich den Zeitzeugen und Akteuren, die mir bereitwillig Auskunft erteilten und im Quellenverzeichnis genannt sind, insbesondere Michael Mertes für die Beantwortung eines umfangreichen Fragenkatalogs und den Einblick in diverse Originaldokumente. Klaus Buchold von der Senatskanzlei Berlin und Andreas Weippert von der Senatskanzlei Bremen möchte ich für ihr außerordentliches Engagement danken, mich in meiner Recherche zum Tag der Deutschen Einheit zu unterstützen, und für die einmalige Gelegenheit, mit der Berliner Bürgerdelegation am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen 2010 teilzunehmen.

Das Erscheinen des vorliegenden Buchs ermöglicht ein großzügiger Druckkostenzuschuss der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Für Korrekturen und Anregungen danke ich Alexandra Knorr, Berit Carmesin und besonders meiner Schwester, Astrid Melanie Tschammer, deren Aufmerksamkeit und Genauigkeit im Korrekturlesen sowie deren Erfahrung und Expertise als Deutschlehrerin für meine Dissertation unersetzbar waren. Auch meiner Mutter, Angelika Tschammer, gilt mein Dank für Korrekturen und Anregungen, vielmehr noch für das stete Interesse an meiner Arbeit sowie die Zuversicht und Kraft, die sie mir dafür gegeben hat.

Und zum Schluss: Ohne meinen Mann, Arne Tschammer, gäbe es diese Arbeit nicht. Seine Unterstützung war so vielfältig und so umfangreich, dass es Worte hier nicht auszudrücken vermögen. Ihm und unseren beiden Kindern, Rosa Helene und Bruno, die unsere Freude, unser Glück und unser Stolz sind, ist dieses Buch gewidmet.

Berlin, Januar 2019

Anne-Kerstin Tschammer

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Einleitung..... | 1 |
| 1.1 | Theoretische Grundlagen und Forschungsfragen..... | 10 |
| 1.2 | Methodik..... | 14 |
| 1.3 | Forschungsgegenstand und Quellenlage..... | 15 |
| 1.4 | Forschungsstand und Forschungslücke..... | 23 |
| 2 | Theorie und Methodik..... | 31 |
| 2.1 | Identität und Integration..... | 31 |
| 2.1.1 | Personale Identität..... | 32 |
| 2.1.2 | Kollektive Identität..... | 41 |
| 2.1.3 | Integration..... | 53 |
| 2.1.3.1 | Funktionale Integration..... | 56 |
| 2.1.3.2 | Integration über Werte, Normen und Konflikte..... | 60 |
| 2.1.3.3 | Symbolische Integration..... | 64 |
| 2.1.3.4 | Integration und Medien..... | 70 |
| 2.1.3.5 | Abschließende Betrachtung..... | 74 |
| 2.2 | Repräsentation..... | 80 |
| 2.2.1 | Bedeutsamkeit und Bedeutungsvielfalt..... | 80 |
| 2.2.2 | Ursprünge und Entwicklungsstufen..... | 84 |
| 2.2.2.1 | Der theologische Sprachgebrauch und die Urbild-Abbild-Thematik..... | 85 |
| 2.2.2.2 | Das <i>corpus mysticum</i> : Repräsentation des Kollektivkörpers..... | 91 |
| 2.2.2.3 | Der liturgische Sprachgebrauch: Repräsentation als Stellvertretung..... | 95 |
| 2.2.2.4 | Der korporationsrechtliche Sprachgebrauch..... | 98 |
| 2.2.2.5 | Neuzeitliche Repräsentationsbegriffe..... | 101 |
| 2.2.2.6 | Der deutsche Repräsentationsbegriff..... | 110 |
| 2.2.3 | Problematiken und Paradoxien des Repräsentationsbegriffs .. | 124 |
| 2.2.3.1 | Wer oder was wird repräsentiert?..... | 129 |
| 2.2.3.2 | Wer repräsentiert?..... | 133 |
| 2.2.3.3 | Wie wird repräsentiert?..... | 145 |
| 2.2.4 | Die Definition eines vermittelnden Repräsentationsbegriffs .. | 150 |
| 2.3 | Repräsentation und Rhetorik..... | 175 |
| 2.4 | Methodik..... | 202 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 3 | Analyse..... | 217 |
| 3.1 | Prolog: Prager Botschaften | 219 |
| 3.2 | Die friedliche Revolution und ihre Sprache..... | 238 |
| 3.2.1 | Gründungsaufufe und Resolutionen | 242 |
| 3.2.2 | Friedensgebete | 258 |
| 3.2.3 | Massendemonstrationen..... | 280 |
| 3.2.4 | Verlautbarungen der Staats- und Parteiführung..... | 289 |
| 3.2.5 | Kundgebungen und der 4. November 1989 | 298 |
| 3.2.5.1 | „Wir brauchen mehr Rechtsanwälte“ – Gregor Gysis Herstellung von Einheit..... | 305 |
| 3.2.5.2 | Ein Fenster zur Macht – Stefan Heyms Aufruf zur Herrschaft des Volkes..... | 308 |
| 3.2.5.3 | Dialog als Normalfall – Friedrich Schorlemmers konsensorientierte Rede | 309 |
| 3.2.5.4 | „Alles nicht von mir“ – Christa Wolfs Lob der revolutionären Sprache..... | 312 |
| 3.2.6 | Der Mauerfall und die Bürgerbewegung..... | 319 |
| 3.2.7 | Zusammenfassung und Schlussfolgerung..... | 329 |
| 3.3 | Der Mauerfall als Ereignis der Repräsentation | 337 |
| 3.4 | Der rhetorische Weg zur Wiedervereinigung..... | 361 |
| 3.4.1 | Deutschlandpolitische Rhetorik vor dem Mauerfall | 361 |
| 3.4.2 | Die Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10.11.1989..... | 377 |
| 3.4.2.1 | Walter Momper: Wiedersehen statt Wiedervereinigung | 381 |
| 3.4.2.2 | Willy Brandt: Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört..... | 386 |
| 3.4.2.3 | Hans-Dietrich Genscher: Deutsche sind dabei, wenn es um Freiheit geht..... | 395 |
| 3.4.2.4 | Helmut Kohl: Eine Bewährungsprobe für Herz und Verstand | 400 |
| 3.4.2.5 | Zusammenfassender Vergleich und weiterer Verlauf... | 405 |
| 3.4.3 | Von den Zehn Punkten zum Brandenburger Tor: Kohls rhetorische Offensive..... | 426 |
| 3.4.3.1 | Das Zehn-Punkte-Programm: Kohl ergreift die Initiative | 426 |
| 3.4.3.2 | Kohl in Dresden: Die Inszenierung der Einheit von Kanzler und Volk..... | 441 |
| 3.4.3.3 | Die Öffnung des Brandenburger Tores: Ein Gang in die gemeinsame Zukunft | 458 |

| | |
|--|------------|
| 3.4.4 Meinungspluralität und Positionsbestimmungen im Dezember..... | 475 |
| 3.4.4.1 Richard von Weizsäcker als Fürsprecher der Ostdeutschen | 475 |
| 3.4.4.2 Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher zu Besuch in der DDR..... | 482 |
| 3.4.4.3 Der Berliner Programmparteitag und die vielen Gesichter der SPD | 498 |
| 3.4.5 Die Rhetorik des Volkskammerwahlkampfes im Frühjahr 1990..... | 515 |
| 3.4.6 Der rhetorische und repräsentative Neuanfang der freigewählten Volkskammer..... | 550 |
| 3.4.7 Rhetorische Meilensteine auf dem Weg zur Einheitsfeier | 562 |
| 3.4.7.1 Einheit im Zeichen der Wirtschaft: Der erste Staatsvertrag..... | 562 |
| 3.4.7.2 Die Antwort der Opposition: Die Rede von der „wirklichen Einheit“ | 582 |
| 3.4.7.3 Alte und neue Identitäten in der Hauptstadtdebatte und am 17. Juni | 588 |
| 3.4.7.4 Konkurrierende Deutungen der staatlichen Einheit: Erfolg, Defizit, Unterwerfung | 603 |
| 3.4.8 Der 3. Oktober 1990 und die Feier der „Deutschen Einheit“ | 620 |
| 3.4.8.1 Der 2. Oktober 1990: Abschied von der DDR..... | 626 |
| 3.4.8.2 Die Fernsehansprachen von de Maizière und Kohl am 2.10.1990 | 636 |
| 3.4.8.3 Die mitternächtliche Zeremonie und das Volksfest.... | 642 |
| 3.4.8.4 Der Staatsakt vom 3. Oktober..... | 649 |
| 4 Fazit..... | 685 |
| Anhang..... | 727 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 731 |
| Archive | 731 |
| Audiovisuelle Quellen | 731 |
| Editionen und Dokumentationen | 734 |
| Persönliche Auskünfte von Zeitzeugen und Akteuren..... | 736 |
| Sekundärliteratur..... | 737 |



1 Einleitung

„Die deutsche Einheit war voller Merkwürdigkeiten“, urteilte Andreas Rödder (2009: 12) in seiner Gesamtdarstellung der Wiedervereinigung¹. Dass die DDR unterging, kaum dass ihr die jahrzehntelang geforderte Anerkennung durch die BRD und damit Legitimität und Souveränität zuteilgeworden war, dass sie, die sich „Ewigkeitswert zumaß“ (Jesse 1992: 114), dem Provisorium Bundesrepublik beitrug und auch dass die Wiedervereinigung trotz massiver internationaler Vorbehalte durchgesetzt wurde, mutet noch heute merkwürdig an (vgl. ebd.: 114-116; Rödder 2009: 36-37, 45-49), zumal die deutsche Einheit nicht so recht dem Zeitgeist entsprechen wollte. Sie schien nicht nur der im Rahmen der europäischen Integration und Globalisierung vollzogenen Distanzierung von der Idee des Nationalstaates zu widersprechen, sondern auch den Erwartungen der westdeutschen Bevölkerung, die kaum noch an die Wiedervereinigung geglaubt hatte.² Die westdeutsche Bundesrepublik hatte sich als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ (Karl Dietrich Bracher, zitiert nach Winkler 1993b: 633; Winkler 1993a: 30) eingerichtet. Nach über 40 Jahren deutscher Teilung und einer zuvor weder unproblematischen noch weit zurückreichenden Geschichte des einheitlichen deutschen Nationalstaates war die Wiedervereinigung alles andere als eine geschichtliche Selbstverständlichkeit. Dass die Wiedervereinigung dennoch kam und schließlich wie „selbstverständlich“ (Lepsius 2001: 41) wirkte, war demnach ein Ergebnis strategischer politischer Rhetorik. Doch wie haben ihre Befürworter³ für sie argumentiert, ihr Legitimität verliehen und sie schließlich durchgesetzt?

-
- 1 Der Begriff der Wiedervereinigung in Abgrenzung zum Begriff der Vereinigung hat sich weitgehend etabliert. In den Monaten nach dem Mauerfall bis zum 3.10.1990 war er zunächst umstritten, setzte sich aber allmählich durch (vgl. Hahn 1995: 322-327). Auch in der Wissenschaft dominiert der Begriff der Wiedervereinigung. Ihn verwenden u.a. Winkler 2014b; Hildebrand 2004: 201 und Rödder 2009. Letzterem zufolge sei er zutreffender, weil so der Rückbezug auf Deutschland vor der Teilung und die „Wiederherstellung [...] territorialer Zusammengehörigkeit“ (ebd.: 366) deutlich werden. Jäger/Walter 1998 verwenden beide Begriffe deckungsgleich.
 - 2 Vgl. Rödder 2009: 12, 34-37; Winkler 2014b: 480; vgl. auch Kim/Robertson: 5. Man hatte sich mit der Mauer abgefunden, so Richter 2011: 258. Pohrt 1991: 45 meint sogar, dass sie nicht nur als unrealistisch bewertet wurde, sondern auch gar nicht mehr erwünscht war. Winkler 1993b: 635 spricht entsprechend von einem „Unbehagen“ auf westdeutscher Seite der Wiedervereinigung gegenüber. Auch viele westdeutsche Politiker, u.a. in der SPD, rechneten nicht mehr mit einer baldigen Wiedervereinigung und suchten nach neuen Kooperationsmöglichkeiten mit der SED. Vgl. Jäger/Walter 1998: 141-146; Sturm 2006: 195-217; Schröder 2006: 103-108.
 - 3 Im Folgenden wird nicht in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine entsprechende weibliche Form ein.

Als es um die Umsetzung der staatlichen Einheit ging, musste zunächst die konkrete Ausgestaltung der Vereinigung gefunden und die vollständige Integration Ostdeutschlands⁴ auf staats- und verfassungsrechtlicher, rechts- und verwaltungstechnischer sowie gesellschaftspolitischer Ebene, aber auch im Bezug auf das politische System, die Wirtschafts- und Sozialordnung organisiert werden. Schließlich ging es jedoch auch um die Integration von 16,4 Millionen Ostdeutschen (vgl. Rödder 2009: 296) in ein ihnen fremdes politisches und wirtschaftliches System. Während die DDR durch ihren Beitritt zur Bundesrepublik über Nacht als Staat verschwand, fühlten sich ihre Bewohner nicht automatisch als Bundesbürger. Nachdem sie in wenigen Wochen voller Ungewissheit und eines beispiellosen Umbruchs erst ihre Sprache, sodann ihre demokratische Bestimmung als souveränes Volk erkämpft hatten, fanden sie sich mit der Wiedervereinigung in einem ihnen völlig neuen System wieder. Auf der anderen Seite bestand die bis dahin westdeutsche Bundesrepublik fort und stellte sich wie seit jeher in die Tradition deutscher Staatlichkeit (vgl. Piper 2010). Ihre Bewohner wiederum hatten großes Interesse daran, möglichst wenig ihres bisherigen Lebens zu ändern. Somit ging es bei der Herstellung staatlicher Einheit auch um die Vermittlung zweier verschiedener politischer Kulturen, zweier verschiedener Interessen- und Gefühlslagen, zweier verschiedener Erinnerungstraditionen und Zukunftskonzeptionen. Es musste der Grundstein für eine neue kollektive Identität im Sinne eines Zusammengehörigkeitsgefühls gelegt werden. Dazu musste ein gemeinsames Verständnis über die Bedeutung der Ereignisse der friedlichen Revolution⁵ und Wiedervereinigung, ein gemeinsames Geschichtsbild, gemein-

4 Die Verf. hat sich für die Verwendung der Begriffe „Ostdeutschland“, „ostdeutsch“ und „Ostdeutsche“ entschieden, auch wenn sie 1989 noch nicht für die DDR oder ihre Bevölkerung üblich waren und sich erst später durchsetzen konnten, als Heimatvertriebene und ihre Sympathisanten nicht mehr die Preisgabe der Ostgebiete damit verbanden (vgl. Hahn 1995: 333).

5 Der Begriff der „friedlichen Revolution“ ist nicht unumstritten (vgl. Jarausch 2010, der sich für den Begriff des „Umbruchs“ entscheidet), hat sich aber durchaus im politischen Diskurs durchgesetzt und auch wissenschaftlich Akzeptanz gefunden (vgl. Winkler 2014b: 513-517; vgl. auch Glaebner 1992a: 18-29; Stern 1995: 32; Grünbaum 2000: 20; Winkler 2014a: 1003, 1034; der Begriff der „sanften Revolution“ von Heym/Heiduczek 1990 ist vergleichbar; vgl. auch Schröder 2007: 80-84). Zwahr 1993 spricht im Verlauf von der demokratischen, der friedlichen und der nationalen Revolution. Koch-Baumgarten et al. 2009 sind für den Begriff der „demokratischen Revolution“. So auch Lindner 2010: 175-183: Das Geschehen sei bis zum 9.10.1989 nicht friedlich gewesen, es sei auch keine volkseigene Revolution gewesen, da nicht das gesamte Volk beteiligt war (vgl. hierzu Opp et al. 1993). Auch dort, wo die Gewaltlosigkeit dezidiert thematisiert wird, werden die Begriffe „Revolution“ und „friedliche Revolution“ verwendet: vgl. Sabrow 2012b; Süß 2012; Görtemaker 2012. So spezifiziert das besondere Merkmal der Gewaltlosigkeit die Revolution des Herbstes 1989. Dort, wo die Wiedervereinigung, nicht die Protestbewegung des Herbstes 1989 im Zentrum der Darstellung steht, wird oft von der „deutschen Revolution“ gesprochen: Warbeck 1991; Rödder 2009: 368-370. Gegen den Begriff der „Revolution“ sind Grosser 1991: 48-49 und Bierling 1991: 68-78.

same Werte und Aufgaben gefunden und so Gemeinschaft geschaffen werden. Der neue wiedervereinigte Staat musste nach innen und außen begründet werden. Zugleich galt es, Ost- wie Westdeutsche anzusprechen, so dass sie sich zugehörig und eingebunden fühlen konnten und sich auf den neuen gemeinsamen Staat einließen. Es galt, mit der Euphorie, den Erwartungen und Ängsten beider deutscher Seiten, aber auch mit den Bedenken des Auslands umzugehen. Die politische Führung musste diese Herausforderungen meistern, um die Grundlagen für Solidarität, Verzicht- und Veränderungsbereitschaft zu legen, und konnte dabei auf keinerlei Erfahrung mit einer solchen Situation zurückgreifen. (Vgl. Rödder 2009: 11-12, 366-379.)

Mit der Wiedervereinigung standen somit die Fragen nach politischer Integration und nationaler Identität schlagartig wieder im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit.⁶ Bereits seit Ende der 1970er Jahre erlebte der Identitätsbegriff in der Bundesrepublik eine anhaltende Konjunktur.⁷ Gerade der Mangel an selbstverständlicher nationaler Identität beförderte die Diskussion um sie (vgl. Korte 1985; Keupp/Höfer 1997a; Assmann/Friese 1998a: 11). Während den einen die eigene Nation so „verdächtig“ (Marc Fisher, zitiert nach Wood 1998: 297) war, dass sie in der Überwindung des Nationalstaats eine westdeutsche Errungenschaft sahen (vgl. Winkler 2014b: 439), sehnten sich die anderen nach einem selbstbewussteren Auftreten, einer Normalisierung der deutschen Identität. Auf der einen Seite war von „Verfassungspatriotismus“ als angemessener Form der kollektiven Identität die Rede, wurde die NS-Vergangenheit immer mehr zum Angelpunkt „eines selbstkritischen Bewußtseins von deutscher Identität“ (ebd.: 440) und die staatliche Teilung als Folge deutscher Schuld immer mehr akzeptiert (vgl. ebd.: 439-440). Auf der anderen Seite wurde die Stillosigkeit der Bonner Republik als Zeichen ihrer mangelnden demokratischen Identität bemängelt (vgl. Bohrer 1986; Klotz 1986) und Bundeskanzler Helmut Kohl

6 Vgl. Giesen 1991a: 9; Gransow/Jarusch 1991: 12-14; Hall 1992: 90; Berding 1994a: 9-11; Gebhardt/Schmalz-Bruns 1994a; Lauer mann 1994: 50; Michalski 1995a: 7; Böckenförde 1995: 144; Beck/Sopp 1997a: 16; Berger 1997a: 588-589; Hettlage 1997: 7; Betz 1997: 50; Langguth 1997a; Niethammer 1997; Westle 1999b; Wood 1998; Greiffenhagen 2003: 38; Bergem 2005: 16; Simon 2010: 60-61. Dass die politische Diskussion mit einer auffrischenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion über die Themen der nationalen Identität und Integration einherging, zeigen Habermas 1991; Lohauß 1995, die Aufsätze in Alter/Monteath 1997; Löffler 2003: 127. Nach der Identität der Berliner Republik bzw. des vereinten Deutschlands fragen: Beyme 1993; Knoblich et al. 1993; Kroker/Dechamps 1993; Gross 1995; Beyme 1998; Ahbe/Gibas 2001; Brunssen 2001; Sontheimer 2001; Klotz/Wiegel 2001b; Brunssen 2005: insbes. 9-29, 149-152; Bergem 2005; die Aufsätze in Czada/Wollmann 2000; Rudolph 2014: 351-353, 397-409.

7 Vgl. die vielen Veröffentlichungen zum Thema, z.B.: die Aufsätze in Marquard/Stierle 1979, insbes. Marquard 1979; in Weidenfeld 1983; in Weigelt 1984; in Weidenfeld 1985, insbes. Köhler 1985; Korte 1985; Herdegen 1987; Korte 1987; Wuthe 1987; Schieder 1987.

versuchte über symbolische Gesten die deutsche Geschichte als Teil einer gemeinsamen europäischen Geschichte darzustellen. In Diskussionen zum Verfassungspatriotismus und zur Bedeutung von Auschwitz, in Kontroversen wie dem Historikerstreit, zu Jahrestagen wie 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, als Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan den Soldatenfriedhof von Bitburg besuchte und Richard von Weizsäcker seine berühmte Rede vom „Tag der Befreiung“ hielt, rieb sich die Gesellschaft an den Themen „Identität“ und „Nation“.⁸

Die sich hier formierenden Deutungsangebote und Selbstbilder trafen auf Deutungsangebote und Selbstbilder, die sich in der DDR mit den oder gegen die staatlichen Autoritäten gebildet hatten. So gab es auch unter den Bürgerrechtlern in der DDR die verbreitete Vorstellung, dass die Zweistaatlichkeit Deutschlands Strafe für die deutsche Schuld sei (vgl. Winkler 2014b: 439). Zugleich hatte sich die DDR in den 1980er Jahren von der Formulierung einer eigenständigen Identität als sozialistische Nation abgewendet und erklärte eine Vereinigung im sozialistischen Gesellschaftssystem als aussichtsreich (vgl. ebd.: 428; vgl. auch Schröder 1995: 167-168; Schröder 2006: 91-99). Ein neues Geschichtsbild sollte unter rehabilitierendem Bezug auf gesamtdeutsche Größen wie Martin Luther, Friedrich II. oder Bismarck der DDR mehr Legitimität verschaffen, bedeutete jedoch auch „eine Wiederentdeckung deutscher Gemeinsamkeiten, die den ideologischen Alleinvertretungsanspruch der DDR zu untergraben drohte“ (Winkler 2014b: 429, vgl. 426-431; vgl. Schröder 1995: 167-168).

Die Wiedervereinigung, mit der Deutschland „ein postklassischer demokratischer Nationalstaat unter anderen“ (Winkler 2014b: 638, vgl. 655) wurde, verschärfte diese Diskussion um nationale Identität. Sie drehte sich nun um die Fragen nach Kontinuität oder Neuanfang, Rückkehr oder Abkehr von Normalität (vgl. Eisel/Lucas Schneider 1994). Wie der Begriff der „Wiedervereinigung“ andeutete, legitimierte sich der neue gesamtdeutsche Staat nicht über die Schaffung von etwas grundsätzlich Neuem, sondern über die „Wiederherstellung eines früheren Zustandes territorialer Zusammengehörigkeit“ (Röder 2009: 366). Der Anspruch auf Kontinuität konnte jedoch nicht überdecken, dass die Wiedervereinigung auch die „Neubildung der deutschen Nation“ (Winkler 1993b: 636; Winkler 2014b: 638) bedeutete. Sie stellte die „Normalisierung“ Deutschlands als Nation und eine Abkehr von der Unsicherheit in der Bestimmung der deutschen Identität in Aussicht, die das Thema nationale Identität stärker als in anderen Ländern seit langem befeuert hatte (vgl. Bergem 2005: 18-20; McAdams 1997). Die Behauptung von „Normalität“ rief jedoch Gegenwehr hervor und wurde als Versuch, die problematische Vergangenheit ad acta zu legen, abge-

8 Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung der diversen Positionen und Diskurse in Winkler 2014b: 431-447, 470-481; vgl. auch Rödder 2009: 30-37; Jarausch 1997; Winkler 1993a: 17-28.

lehnt: Denn der Blick auf die eigene Geschichte verbiete jede Vorstellung von Normalität (vgl. Habermas 1995; Klotz/Wiegel 2001a; Feldman 2003).⁹ Während also auf der einen Seite nun nationaler gedacht und die Nation gewissermaßen enttabuisiert wurde (vgl. Böckenförde 1995: 144; Jarausch 1997: 29; Doering-Manteuffel 2004: 274), wurde sie zugleich aus Angst vor einem aufkeimenden Nationalismus mit neuen Tabus belegt (vgl. Pohrt 1991, Jarausch 1995: 23; Betz 1997: 55; vgl. auch Winkler 2014b: 637-638). Die deutsche Vergangenheit spielte in den Diskussionen um neue Selbstdefinitionen eine besondere Rolle. Forderte sie einerseits dazu auf, sich mit ihnen zu beschäftigen, stellte sie andererseits den Erfolg eines solchen Versuchs und seine Legitimität infrage. Vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus mit seiner fatalen Glorifizierung der deutschen Nation löste der Gedanke an einen neuen deutschen Nationalstaat Unbehagen aus, insbesondere bei Intellektuellen in Ost und West, aber auch im Ausland (vgl. Winkler 1993a: 12-16; Winkler 1993b). Folglich erschien die Diskussion um eine neue kollektive Identität unerwünscht. Jedoch forderte die Schwere der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung, „eine selbstkritische Bestandsaufnahme“ (Winkler 2014b: 638) und eine Neupositionierung eines gemeinsamen kollektiven Gedächtnisses, das sich zuvor in Ost und West unterschiedlich ausgebildet hatte. Doch mit der Diskussion über eine gemeinsame Vergangenheit, was sie für die Deutschen von 1990 bedeutete, und des sich in diesem Zuge formierenden kollektiven Gedächtnisses kam deutsche Identität zwangsläufig zur Sprache.

Vor diesem Hintergrund wurde allseits von einer weiterhin, wenn nicht sogar vermehrt problematischen nationalen Identität und einem erheblichen „Grad der Entfremdung“ (Stern 1995: 33) zwischen Ost und West ausgegangen. Dass es die Deutschen im vereinten Deutschland leicht hätten, sich mit ihrer neuen gesamtdeutschen Identität zu identifizieren (so Saul Friedlander nach Wood 1998: 94), gehörte kaum zu den gängigen Vorstellungen. Zwei politische Identitäten und Kulturen, die sich in über 40 Jahren staatlicher Teilung nicht nur getrennt, sondern bedingt durch den Systemkonflikt des Kalten Krieges auch in Abgrenzung zueinander entwickelt hatten (vgl. Ahbe/Gibas 2001: 15-18; Sontheimer 1995), sollten nun aufeinander abgeglichen werden und, wie in den Folgejahren immer wieder gefordert wurde, zu einer „inneren Einheit“ gebracht

9 Zur Frage nach der „Normalität“ des vereinten Deutschlands vgl. Habermas 1995, der die diskutierte Normalität als zweite Lebenslüge der BRD betrachtete; McAdams 1997; Jarausch 1997; Betz 1997; Habermas 1991. Winkler 1993b sieht die Wiedervereinigung als Ende des „postnationalen Sonderwegs“ der Bundesrepublik, also dies betreffend als eine Art Normalisierung. Der Begriff der „Normalisierung“ sei jedoch problematisch, so Winkler 1993a: 32.

werden.¹⁰ Dass die integrative Arbeit am Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West der Organisation der staatlichen Einheit zurückstand, wurde seit der Wiedervereinigung immer wieder betont. Die Forderung nach einer „inneren Einheit“, die von den politischen Akteuren selbst ins Spiel gebracht wurde (vgl. Linden 2006: 12, 54), wurde bald zum Gemeinplatz. Sie traf dabei auf die sprichwörtliche „Mauer in den Köpfen“. Immer wieder bemängelt wurde in diesem Zusammenhang das Ausbleiben einer intensiven Debatte um das Ob der Wiedervereinigung (Kocka 1998: 105). Dass zudem nicht zum großen solidarischen Opfer für die gesamtdeutsche Nation aufgerufen wurde, galt als Geburtsfehler des neuen Deutschlands (vgl. u.a. Bleek 1992: 60; Rödder 2009: 372-373). Das Wort von der „verpassten Chance“ tauchte in der Beurteilung des Wiedervereinigungsprozesses immer wieder auf (vgl. Böckenförde 1995: 143; Grieswelle 2000: 418; vgl. auch Niethammer 1997: 201). Noch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung wies Robert Hettlage auf die Versäumnisse in der Herstellung einer nationalen Einheit hin:

Auch mehr als 10 Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ besteht die „Mauer in den Köpfen“ fort. Es wird sogar eine „DDR-Ostalgie“ und eine Abriegelung gegen die feindlich empfundene Außenwelt kultiviert. Bisher jedenfalls konnte eine gemeinsame Zukunftsdefinition und eine tragfähige Aufgabenperspektive für das neue Deutschland nach innen und für die neue „Berliner Republik“ nach außen noch nicht gefunden werden. Diese Schwäche betrifft alle Institutionen des politischen, kulturellen und sozialen Systems (Hettlage 2000: 13-14).

Das Vorhaben der „inneren Einheit“ schien nicht nur durch die ursprünglichen Unterschiede zwischen Ost und West gefährdet, sondern auch durch die Art der Wiedervereinigung, die in erster Linie von den Ostdeutschen Anpassungsarbeit verlangte und in dieser Asymmetrie beide Seiten zusätzlich voneinander entfremdet haben könnte (vgl. Bergem 2005: 329; vgl. auch Jesse 1992: 137; Kuechler 1998: 293).

Die erst „post festum“ betonte DDR-Identität (Bergem 1999: 183), die posthume Verklärung der BRD durch einst ihr gegenüber kritische Intellektuelle (vgl. z.B. Habermas 1995; Jessen 2000: 136-137), der intensive Abgrenzungsdiskurs und die vielen Umfrageanalysen, die in geringen, für den gesellschaftlichen Pluralismus durchaus nicht unüblichen Abweichungen zwischen Ost und West massive Störungen für die gesellschaftliche Integration sahen (vgl. Bergem 1999: 199-200), lassen fragen, ob die Selbstdefinition einer fehlenden nationalen

10 Vgl. Linden 2006 sowie auch Bergem 2005: 175-182, die zahlreiche Beispiele aus der Fachliteratur und gesellschaftlichen Diskussion aufführen. Auch die Mehrheit der Deutschen hielt noch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einheit noch nicht für vollendet, so das Ergebnis des Sozialreports 2010, vgl. Kaufmann 2010.

Einheit absichtsvoll weitergeschrieben werden sollte, um das ehemalige Selbstbild als progressive „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ (Karl Dietrich Bracher, zitiert nach Winkler 1993b: 633 und Winkler 1993a: 30), auf die manche als spezifisch westdeutsche Errungenschaft stolz waren (vgl. Winkler 2014b: 439; vgl. auch Bergem 2005: 164, 173), nicht aufgeben zu müssen. So wurde die omnipräsente, von allen Seiten des politischen Spektrums benutzte Vokabel der „inneren Einheit“ mit ihrem idealistischen, anti-pluralistischen Bild einer weitgehend homogenen Gesellschaft in den 1990er Jahren zum „Delegitimierungsinstrument der Einheit“ (Ralf Altenhof und Eckhard Jesse, zitiert nach Grünbaum 2000: 151), das die Messlatte für die Integration Ostdeutschlands so hoch setzen konnte, dass sie zwangsläufig als defizitär und damit der Vereinigungsprozess als gescheitert erscheinen musste (vgl. ebd.; Linden 2006: 13, 50-52, 57, 67). Auf diese Weise fungierten die Topoi der „inneren Einheit“ und der „Mauer in den Köpfen“ als selbsterfüllende Prophezeiungen, die den Erfolg des Wiedervereinigungsprozesses quasi von vornherein infrage stellten (vgl. Jessen 2000: 135).¹¹

In diesem Zusammenhang fällt auch die langanhaltende Diskussion um den Nationalfeiertag am 3. Oktober auf. Den einen galt er als zu bürokratisch, den anderen als elitär, als geschichtslos und nichtssagend (vgl. Simon 2010: 131-132, 135; Brunssen 2005: 52), als Beispiel der deutschen Unfähigkeit zu feiern, eines Mangels an „Repräsentationsvermögen“ (Isensee 1992: 233). Andere Daten wie der 9. Oktober oder der 9. November wurden als passendere Feiertage angeführt

11 Von einer weiterhin bzw. verstärkt problematischen Identität gehen aus (nicht selten kombiniert mit der Forderung nach „innerer Einheit“): Korte 1994b: 211-213; Stern 1995; Jarausch 1995: 316-326; McAdams 1997; die Aufsätze in Alter/Monteath 1997, insbesondere Betz 1997; in Voigt 1998; Westle 1999a: 175; Grieswelle 2000: 248-256, 304-306, 418-421; Stern 2000; Wehling 2002a; Bergem 2005: 18-19; als Polemik: Herles 2005; Schröder 2006: 617, 623-624; Decker 2008; Kattermann 2009; die „Mauer in den Köpfen“ bzw. „innere Mauer“ bemerken: als demokratiegefährdend Minkenberg 1993 und Minkenberg 1994; Prokop 1994a; Betz 1997: 55; Hettlage 2000: 13; Schmidt 1998: 279-280; Kuechler 1998; abgrenzende Identitäten belegen: Ritter 1997; Woderich 1997; Kuechler 1998; Pollack 1998; Bergem 2005: 315-329; in Bezug auf die Beurteilung der Geschichte: Kocka 1998; Beispiele der Umfrageforschung, die Einstellungsdifferenzen als Defizite der Integration identifizieren, sind: Bergem 1993; die Aufsätze in: Gabriel 1997, insbes. Westle 1997; Gensicke 1998; Meulemann 1998a; Kaase/Bauer-Kaase 1998; Fuchs/Roller 2004; Glatzer/Bös 2004; vgl. auch Heitmeyer 2004a; Kühnel 2004; In starker Abgrenzung hierzu stehen, v.a. spätere Forschungen, die den Begriff der „inneren Einheit“ als unpassend kritisieren und allein mit dem Pluralismus vereinbare Unterschiede zwischen Ost und West und somit keine unüberwindbaren Differenzen entdecken: Beyme 1993: 410; Gross 1995: 170-173; Lohauß 1995: 215; Brunner/Walz 1998; Jessen 2000: 135-137; Bergem 2004: 50; Bergem 2005: 328-331; Brunssen 2005: 109-136; Linden 2006; Schröder 2007: 9; Möllers 2008: 115; vgl. auch Klingemann/Hofferbert 1994, die zwar abgrenzende Identitäten feststellen, aber dennoch vom Zusammenwachsen ausgehen. Vgl. Linden 2006 sowie Bergem 2005: 175-182; Kaase 1993, die einen Überblick über die Diskussion um die „innere Einheit“ bieten.

(vgl. Simon 2010: 129-133, 163-168; Simon 2015; Calabretta 2015). Wurde auf der einen Seite beklagt, der 3. Oktober lasse die historische Bedeutung des ostdeutschen Aufbegehrens verblassen und werte ihr gegenüber den staatsrechtlichen Verwaltungsakt und damit die politische Elite Westdeutschlands, die ihn herbeiführte, auf (vgl. Simon 2010: 133-136, 168-184; Brunssen 2005: 52), wurde auf der anderen Seite geurteilt, der 3. Oktober sei in erster Linie ein Tag der Ostdeutschen: „Es ist ja begreiflich, wenn Westdeutsche damit wenig verbinden. Die Ostdeutschen sollten es besser wissen. Die Vereinigung war ihr Bestreben, der 3. Oktober ist ihr Tag“, schrieb Christoph Dieckmann in der *Zeit* (Dieckmann 2010: 23).

Zu den vielen Merkwürdigkeiten der deutschen Einheit gehört demnach auch, dass just in dem Moment, als die deutsche Frage beantwortet schien, die Frage nach der nationalen Identität wieder umso vehementer diskutiert wurde (vgl. Szabo 1990). Während in den Jahrzehnten der Teilung die nationale Einheit vorausgesetzt und als Argument für die staatliche Einheit eingesetzt wurde, war nun die staatliche Einheit erreicht, doch die nationale Einheit schien plötzlich fraglich (vgl. Linden 2006: 53-54). Wie kam dieser Umschwung in der Debatte um die Wiedervereinigung? Belegte die intensive Beschäftigung mit der Frage nach einer „inneren Einheit“ und das Feststellen einer weiterhin problematischen gesamtdeutschen Identität ein Versäumnis der politischen Rhetorik im kurzen Jahr vom 9.11.1989 bis 3.10.1990? Wie reagierten die politischen Akteure auf die Herausforderung, einer neuen gesamtdeutschen Identität Kontur zu verleihen? Wie wurden die Westdeutschen, wie die Ostdeutschen integriert? Wie wurden die Akteure der friedlichen Revolution einbezogen? Wie inszenierte sich Helmut Kohl als Wegbereiter der Wiedervereinigung, als Kanzler der Einheit (vgl. Rudolph 2015)? Auf welche Vorstellungen nationaler Identität wurde zurückgegriffen? Wie trug der 3. Oktober als neuer Nationalfeiertag dazu bei? Wurden die Probleme der Wiedervereinigung zu sehr in den Mittelpunkt gerückt, die Erfolge zu wenig thematisiert, wie Frank Brunssen (2005: 52) meint?

Die Wiedervereinigung bedeutete eine historisch singuläre Herausforderung in Bezug auf Integration und Identitätsarbeit, nicht zuletzt als ihre finanziellen Implikationen immer deutlicher wurden. Den Prozess der deutschen Wiedervereinigung nachzuvollziehen und manche ihrer Merkwürdigkeiten zu verstehen, verlangt, sich mit den Fragen der Identität, der Integration und der Repräsentation, die die erstgenannten Begriffe einbezieht und damit hier der Schlüsselbegriff ist, auseinanderzusetzen. Diese standen im Mittelpunkt diverser Debatten um die Wiedervereinigung. Bis 1989 war die Herstellung der Einheit Deutschlands unter Berufung auf die zu wahrende nationale Einheit als Verfassungsauftrag im westdeutschen Grundgesetz verankert und somit Bezugspunkt der deutschen Identität (vgl. Nakath/Stephan 1996: 16). Während des Jahres 1989/90

kreiste die Debatte über das Wie der Wiedervereinigung um Fragen der Repräsentation. Dies zeigte sich in der Kontroverse, ob die Wiedervereinigung nach Art. 23 GG erfolgen sollte, d.h. als Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, oder nach Art. 146 GG mit einer gesamtdeutschen Verfassungsgebung (vgl. Rödder 2009: 283-284, 331-332; Winkler 2014a: 1031-2). Der Entschluss für den Beitritt ließ Kritiker ein massives Repräsentationsdefizit feststellen (vgl. u.a. Böckenförde 1995: 143): Für die einen waren die Westdeutschen nur Zuschauer (vgl. Eisel/Lucas Schneider 1994: 152; Calabretta 2015: 9), die nach ihrer Meinung nie gefragt wurden und damit gänzlich unterrepräsentiert waren (vgl. auch Rödder 2009: 177-178), während sich die Ostdeutschen mit ihrem Wunsch nach Wiedervereinigung durchgesetzt hätten. Für die anderen wurden die Ostdeutschen im Prozess der Wiedervereinigung dominiert – insbesondere auch in ihrem Wunsch nach und ihrem praktischen Einüben von mehr direkter Demokratie und Partizipation in Abgrenzung zur stark repräsentativ ausgerichteten Demokratie der Bundesrepublik (vgl. Glaeßner 1992a: 36-37; Jessen 2010: 307), wurden von der Bonner Bundesregierung überrannt und ihrer politischen Stimme beraubt (vgl. Prokop 1994a; Schulz 1994). Während sich noch in den Montagsdemonstrationen der wahre und gute Volkswille unverfälscht artikuliert habe, seien die Ostdeutschen im Laufe der Entwicklung verstummt (vgl. Jessen 2010: 307). Noch Jahre später wurde von der „Sprachlosigkeit Ost“ (Antos/Richter 2001) gesprochen. Es wurde beklagt, dass ostdeutsche Themen und Redner im politischen Diskurs unterrepräsentiert seien (vgl. Schröder 1995: 173; Schwarz 2009: 2) und dass sie dort nur als das Fremde adressiert werden würden (vgl. Katzer 2014). Zeigte sich dies bereits 1989/90 und wie konnte die eindrucksvolle Rückgewinnung der Sprache durch die Ostdeutschen im Herbst 1989 zur eigenen Sprachlosigkeit nur kurze Zeit später führen? Die friedliche Revolution stellte die bis dato in der DDR gültigen Repräsentationsverhältnisse auf den Kopf, die Wiedervereinigung stabilisierte diese zunächst personell einseitig westdeutsch. Die eindrucksvollen Wahlergebnisse für die von der Bonner CDU/CSU unterstützten Parteien am 18.3.1990, aber auch für die Bonner Regierungskoalition bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990 sprechen dafür, dass sich Helmut Kohl als gesamtdeutscher Repräsentant etablieren konnte. Wie konnten er und andere westdeutsche Politiker zu Repräsentanten der ostdeutschen Bevölkerung werden und wie standen sie im Verhältnis zu den aus den Märzahlen hervorgegangenen ostdeutschen Repräsentanten? Welche Vorstellungen demokratischer Repräsentation waren wirksam und wie wurden sie glaubwürdig vertreten? Wurde das Repräsentationsdefizit durch die ausbleibende Verfassungsgebung durch vermehrte symbolische Repräsentation ausgeglichen?

Die Diskussionen rund um die Wiedervereinigung stehen am Anfang des gesamtdeutschen Staates. Sie sind als „Gründungsdiskurse“ (Bergem 2005: 284) ein wichtiger Beitrag zur Identitätsentwicklung der sich formierenden Berliner Republik. Nicht zuletzt wurde der Erfolg der Wiedervereinigung an der Integration von Ost und West gemessen. Repräsentation ist damit ein Schlüsselkonzept, um die Wiedervereinigung zu analysieren. Zugleich ist auch die Wiedervereinigung ein ideales Objekt, um Fragen der Identität, der Integration und Repräsentation besser zu verstehen. Da der Bereich des Politischen verstärkt deutungsabhängig ist (vgl. Bourdieu 1995b: insbes. 23, 29-30; Dörner 1995: 49; Dörner/Vogt 1995a: 2; Dörner 2000: 149) und in seiner Erfordernis kollektiver Entscheidungsfindung und gemeinsamen Handelns bei gleichzeitiger Interessendivergenz auf die Erzeugung von Glaubwürdigkeit und Zustimmungsbereitschaft angewiesen ist (vgl. u.a. Wood 1998; Kopperschmidt 1995a: 12-13), geht die Politik naturgemäß persuasiv, d.h. rhetorisch vor. Um zu verstehen, wie die Wiedervereinigung und die Form, in der sie erfolgte, durchgesetzt und in ihrer Richtigkeit und Notwendigkeit glaubwürdig gemacht wurden, liegt es nahe, ihre Rhetorik in Hinblick auf die Aspekte Identität, Integration und Repräsentation zu untersuchen.

1.1 Theoretische Grundlagen und Forschungsfragen

Grundsätzlich gilt, dass Integration auch für heutige Gemeinwesen unerlässlich ist. Politische Institutionen haben die Aufgabe zu zeigen, was ein Gemeinwesen im Inneren zusammenhält, insbesondere wenn die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme nicht mehr garantiert ist und die Gesellschaft durch Individualisierung, Zuwanderung und die Auflösung traditioneller Bindungen heterogener wird. Zusätzlich zur Übereinstimmung über die Gültigkeit von Regeln und Verfahren geht es darum, welche Werte den Zusammenhalt begründen, dass zwischen den verschiedenen Interessen vermittelt und soziale Kohäsion ermöglicht wird. Die Politik sucht Antworten darauf, welche Ansprüche ein Gemeinwesen an sich und das Zusammenleben hat, um Sinnkrisen und den Rückzug hinter Besitzstände zu verhindern. (Vgl. zum Absatz Berger/Luckmann 1995; die Aufsätze in Berger 1997b, insbes. Berger 1997a; vgl. auch Grieswelle 2000.)

Integration in der heutigen pluralistischen Gesellschaft bedeutet, in einem kontinuierlichen Prozess einen Ausgleich zwischen Individuum und Gesellschaft, Konflikt und Konsens, Einheit und Vielheit anzustreben und damit auf einen übergreifenden Zusammenhalt, auf Kontinuität und Wandel hinzuwirken. Dafür stellt sie zum einen allgemein anerkannte Verfahren und Verfassungsnormen bereit, die Gruppenbildung, Interessenvertretung, Partizipation und die

Austragung von Konflikten regeln und zu einem freien Willensbildungsprozess beitragen. Zum anderen beruht Integration auf ihrer Fähigkeit, den Grundprinzipien und Konfliktlinien, die für das Zusammenleben eines Gemeinwesens bestimmend sind, symbolisch Ausdruck zu verleihen, Sinn zu vermitteln und damit Orientierung zu bieten. Dass diese Sinnvermittlung und Orientierungsleistung nie abgeschlossen ist und kontinuierlich durch vielfältige Deutungsangebote und Symbolisierungen aufrechterhalten werden muss, macht den dynamischen und pluralistischen Charakter von Integration und kollektiven Identitäten aus.

An beiden Aspekten von Integration setzt Repräsentation an. Repräsentation ermöglicht die Handlungsfähigkeit größerer menschlicher Verbände, indem sie diese als Einheiten begreift und organisiert. Sie stellt Regeln dafür auf, wie Individuen und Gruppen am Willensbildungsprozess beteiligt werden und wie Entscheidungen im Namen aller und verbindlich für alle getroffen werden können (vgl. Hofmann/Dreier 1989: 165-166). Gleichzeitig schafft sie einen gemeinsamen Handlungsraum und macht ihn symbolisch sicht- und erfahrbar (vgl. Göhler 1997b). In diesem Sinne bewirkt Repräsentation Integration als „Herstellung einer Einheit in der Vielheit“ (ebd.: 55). Repräsentation stellt einen eigenständigen Wert für Integration dar (vgl. Linden 2006). Dieser äußert sich in ihren Leistungen im Bereich der Willensbildung und der Partizipation, in der Herstellung von Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit, von Konkurrenz und Kontrolle. Zugleich erzeugt sie Sichtbarkeit und Ästhetik und zwar in einer Weise, die Ambiguität, Interpretationsoffenheit und Widersprüche zulässt, ohne dabei gemeinsame Bezugspunkte, Orientierungsleistung und Sinnvermittlung zu verlieren.

Dass dieser Wert von Repräsentation nicht unumstritten ist, zeigt ein Blick auf die einschlägige Literatur zum Thema und Begriff der Repräsentation. So basiert demokratische Repräsentation auf der schwer vermittelbaren Paradoxie der Herrschaft des Volkes über sich selbst, die als nicht darstellbar gilt. Darüber hinaus erscheint die Intention von Repräsentation, Verbände fiktiv als Handlungseinheiten zu betrachten und diese durch Selbstbilder, Wertbezüge und kollektive Identitäten symbolisch sicht- und erfahrbar zu machen, vielen angesichts der heutigen heterogenen und pluralistischen Gesellschaft als unrealistisch, wenn nicht gar anti-pluralistisch. Wird davon ausgegangen, dass bereits Individuen keine einheitlichen Identitäten mehr ausbilden, sich selbst in der Gesellschaft nicht mehr als Ganzheit thematisieren können, dann scheint dies Großgruppen wie Nationen erst recht verwehrt (vgl. Bohn/Hahn 1999). So wurde Repräsentation bereits als krisenhaft (Duso 2006; auch Diehl 2016a), überholt (Luhmann 2002), unmöglich (Klinger 2002), manchmal sogar als der Demokratie entgegengesetzt (Schmitt 2003: 80, 218; vgl. Haller 1987: 141 in Bezug auf Jean-Jacques Rousseau und Hannah Arendt) beschrieben. Cornelia Klinger formulierte die prägnante These, dass sich die moderne Gesellschaft in einem „paradoxen und

schwer lösbaren Spannungsverhältnis zwischen der Unmöglichkeit und der Unumgänglichkeit symbolischer Repräsentation“ (Klinger 2002: 224) befinde. In diesem Spannungsverhältnis haben sich nicht zuletzt in Rückgriff auf die zahlreichen Begriffstraditionen von Repräsentation, die bis zur Antike reichen, vielfältige Vorstellungen von Repräsentation herausgebildet, die zur Unklarheit des Begriffs beitragen.

Die gewählten Repräsentanten befinden sich im Zentrum dieses Spannungsverhältnisses. Die Herausforderung für sie besteht darin, innerhalb des demokratischen Systems, für das Repräsentation unverzichtbar und gleichzeitig erschwert ist, Repräsentation in ihrer Integrationsfunktion zu leisten. Dazu bleiben ihnen heute in erster Linie die öffentliche Rede, politische Symbolik sowie mediale Inszenierung, die sich unter dem Begriff der verbalen und (audio-)visuellen Rhetorik zusammenfassen lassen. Rhetorik ist als das Vermögen, das Glaubwürdige an einer Sache darzustellen und damit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen, eine in der Politik unverzichtbare Fähigkeit. Sie zielt auf Akzeptanz, ohne die Repräsentation nicht stattfindet, und vermag es, nicht nur Emotionen zu adressieren, zu ästhetisieren, gesellschaftlich signifikante Symbole zu generieren und politische Realität zu strukturieren, sondern vermittelt auch Informationen, kann Komplexität wiedergeben und Verantwortlichkeiten aufzeigen.

Vor diesem theoretischen Hintergrund, der im folgenden Kapitel detailliert beschrieben wird, ergibt sich für die Analyse der Wiedervereinigung und die Frage nach der integrativen Arbeit am Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West folgende zentrale Fragestellung: Inwiefern und auf welche Weise zielte die Rhetorik des Prozesses vom Mauerfall bis zum Tag der Deutschen Einheit am 3.10.1990 auf Integration des wiedervereinigten Deutschlands, d.h. welche Gemeinsamkeiten und Konfliktlinien, Selbstbilder, Identifikations- und Deutungsangebote wurden im Rahmen der rhetorischen Repräsentation sichtbar und erfahrbar gemacht, wie wurde politische Realität strukturiert und wie Sinn vermittelt? Diese Fragestellung soll ins Verhältnis gesetzt werden zu der rasanten Entwicklung der friedlichen Revolution im Herbst 1989, die die Repräsentationsverhältnisse in der DDR quasi über Nacht auf den Kopf stellte, die Sprache befreite und den Menschen in der DDR das Heft des Handelns in die Hand gab. Sie steht ferner in Zusammenhang mit der eingangs formulierten These, dass die Wiedervereinigung nicht aus geschichtlicher Notwendigkeit heraus von allein erfolgte, sondern rhetorisch durchgesetzt wurde.

Vor dem Hintergrund der theoretischen Ausgangsthese, dass jede Gesellschaft Integration mittels Repräsentation benötigt, die wiederum der Sinnproduktion, Entparadoxierung, Identitätsstiftung und Legitimierung dient, wird zudem davon ausgegangen, dass in der krisenhaften Situation der Wiedervereinigung rhetorische Repräsentation in ihrer Funktion der Integrationsstiftung besonders

gefragt war. Mit diesem Anspruch waren die politischen Akteure, allen voran die Bundesregierung, nicht nur als Organisatoren der staatlichen Einheit, sondern vor allem in ihrer Rolle als Repräsentanten konfrontiert. Die zentrale These ist, dass sie sich diesem Anspruch nicht entziehen konnten, dass ihr Bemühen um eine Neuformulierung nationaler Identität in der Rhetorik ablesbar ist und damit die Identitätsformulierungen rekonstruiert werden können. Weiterhin wird vermutet, dass sich die verschiedenen westdeutschen Repräsentanten darum bemühten, auch als Repräsentanten der Ostdeutschen glaubwürdig zu erscheinen und dass sich ihre Repräsentation von der Repräsentation durch die ostdeutschen Repräsentanten unterschied. Zudem wird vermutet, dass sich im Sinne der Repräsentationskonkurrenz die Unterschiede in Partei, Amt und Persönlichkeit auf die Identitätskonstruktion auswirkten und dass sich gleichzeitig gemeinsame Bausteine erkennen lassen, die der jeweiligen Identitätsformulierung Anschlussfähigkeit und somit mehr Relevanz verleihen sollten. Abschließend ist anzunehmen, dass sowohl west- wie ostdeutsche Selbstbilder, Traditionen und Werte aufgegriffen wurden, um die neue Identität möglichst integrativ zu gestalten, und dass der Tag der Deutschen Einheit so gestaltet wurde, dass er die rituelle Rückkehr zum Ursprung von friedlicher Revolution und Mauerfall nutzte, um der neuen nationalen Identität ein attraktives Fundament zu verleihen.

Bevor jedoch die Rhetorik dahingehend untersucht wird, gilt es, im ersten Teil dieser Arbeit einen theoretischen Rahmen für die Analyse im zweiten Teil zu entwickeln. Die ausführliche Diskussion der theoretischen Grundlagen von Integration, Repräsentation und Rhetorik bietet dabei einen Eigenwert. Es werden der jeweilige aktuelle Forschungsstand dargestellt, arbeitsfähige Begriffe für die moderne Demokratie formuliert und das Verhältnis zwischen den drei Themen geklärt. Dabei erhält der Begriff der Repräsentation besondere Aufmerksamkeit. Die ausführliche Darstellung der Bedeutungsvielfalt des Begriffs sowie der Grundproblematik moderner Repräsentation, die sowohl die Argumente gegen Repräsentation als auch den besonderen Bedarf moderner Gesellschaften an Repräsentation und ihrer Funktion für politische Integration erläutert, ist dabei erforderlich, um einen neuen, der pluralistischen Demokratie angemessenen und die verschiedenen Forschungstraditionen berücksichtigenden Repräsentationsbegriff zu formulieren und damit einen wertvollen Beitrag zur Repräsentationstheorie zu leisten. Der hier formulierte Repräsentationsbegriff ist für kommunikations- und medienwissenschaftliche Arbeiten besonders geeignet, da er seine symbolische Seite betont und Repräsentation als kommunikatives, realitäts- und sinnkonstituierendes Angebot versteht, das bestimmten Adressaten zu bestimmten Zeitpunkten gemacht wird, das unterschiedlich interpretiert werden kann und das in einem Umfeld von konkurrierenden Repräsentationsangeboten Akzeptanz finden muss.

Wichtige Bezugspunkte aller drei Themen sind die moderne Mediengesellschaft und die politische Kultur. Letztere bildet den Rahmen, in dem Integration, Repräsentation und Rhetorik stattfinden. Gleichzeitig wird sie durch die jeweiligen Selbstbilder und Deutungsangebote von Integrations- und Repräsentationsprozessen erneuert, erweitert und schließlich weiterentwickelt. Die Konstruktion und Wahrnehmung politischer Realität erfolgt heute über Massenmedien, und auch individuelle und kollektive Identitäten werden medial gebildet (vgl. Dörner 2000: 9-18). Daher werden die hier analysierten Reden auch immer auf ihre mediale Übertragung und Inszenierung hin untersucht.

1.2 Methodik

Den theoretischen Grundlagen im ersten Teil der Arbeit folgt die empirische, theoriegeleitete Analyse im zweiten Teil. Zuvor wird vorgestellt, nach welcher Methodik die Analyse vorgeht. Dafür wird eine interpretative Methodik gewählt, die es vermag, die Deutungsstrukturen und Selbstbilder zu rekonstruieren, und die zugleich eine kontrollierte, d.h. transparente und nachvollziehbare Interpretation erlaubt.

Hierfür bietet sich die Methodik der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik, oft auch hermeneutische Wissenssoziologie genannt, an. Sie unterscheidet sich vom Deuten als Alltagspraxis durch Distanzierung zum Text, eine möglichst neutrale Perspektive, eine formalisierte Vorgehensweise und Fokussierung auf den Kontext. Die methodische Vorgabe, dass zunächst sämtliche mögliche Sinnkonstruktionen und Deutungen eines Textes identifiziert werden sollen, um dann aus dem sozialen und geschichtlichen Kontext die tatsächlich erfolgten zu begründen, wird hier ersetzt durch eine theoriegeleitete Analyse, die das Material mit einer spezifischen Fragestellung konfrontiert. Dabei liefert die Theorie der Repräsentation und Integration die spezifische Fragestellung, unter der das Material analysiert werden soll. Die Frage nach der Sinnproduktion der Wiedervereinigungsrhetorik, nach den formulierten Selbstbildern, Legitimationen und Identitäten steht im Zentrum der Analyse. (Vgl. zur Methodik Soeffner 1982a; Schröer 1994b; Soeffner 2004; Knoblauch 2005; Tänzler et al. 2006; Raab 2008.)

Verfeinert wird die Methodik der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik durch die Hinzunahme der rhetorischen Analysemethodik der konzeptuellen Kritik. Sie entspricht der hermeneutischen Grundausrichtung sowie dem aktuellen Forschungsstand in der rhetorischen Kritik. In der konzeptuellen Kritik wie in der Hermeneutik steht der Text im Mittelpunkt. Bei der Interpretation orientiert sie sich an einer bestimmten Fragestellung, die hinsichtlich ihrer rhetorischen Manifestation untersucht wird. Das Konzept bildet dabei ein Raster, um

die Analyse zu organisieren, und wird gleichzeitig durch die einzelne Analyse weiterentwickelt. Keine festgelegte Vorgehensweise leitet die rhetorische Kritik, vielmehr bedient sie sich der verschiedenen Methoden. Handlungsleitend sind das „close reading“ sowie das interessen geleitete stetige Wandern zwischen rhetorischem Artefakt und Konzept (vgl. Jasinski 2001b: 137-139). Besondere Aufmerksamkeit erhalten bei dieser Form der Analyse die Fragen nach Form und Inhalt, Text und Kontext, Struktur und Stil. Es gilt, die Dynamik und Vorgehensweise von Texten zu identifizieren.

Bei der Analyse der Rhetorik von friedlicher Revolution, Mauerfall und Wiedervereinigung wird die konzeptuelle Kritik mit ihrer Vorgehensweise des close readings als konkrete Ausformung einer sozialwissenschaftlich-hermeneutischen Methodik angewandt. Dabei ist Repräsentation das zentrale Konzept, das die Analyse leitet und organisiert und zugleich durch die Analyse näher beleuchtet wird. Die Methodik lässt sich sowohl auf verbale wie auf (audio-) visuelle Materialien anwenden. Um die audiovisuelle Rhetorik der Reden zu berücksichtigen, wird sie durch eine weitere Analyseebene – die Frage nach der Wechselwirkung zwischen verbalem und (audio-)visuellem Text – ergänzt. Jürgen Raabs Methodik der visuellen Wissenssoziologie liefert dabei Ansatzpunkte für die Interpretation des (audio-)visuellen Materials (vgl. Raab 2008). Die Konkretisierung der wissenssoziologischen Methode durch die konzeptuelle Kritik verfeinert die an der Theorie der Repräsentation und Integration orientierte Fragestellung u.a. um Fragen nach Strukturen, Inkonsistenzen, der Eröffnungssequenz, der Dynamik des Texts, Schlüsselbildern, Topoi, der Persona des Rhetors und Wir-Formulierungen. Schließlich soll eine zusammenfassende Evaluation aufzeigen, wie sich die Rhetorik der Wiedervereinigung entwickelte, welche rhetorischen Strategien, Themen und Begriffe vorherrschend waren und wie sich die verschiedenen Akteure unterschieden. Es sollen Rückschlüsse auf den Stellenwert der Rhetorik und das Verständnis von Repräsentation gezogen werden. Zusätzlich zur Sekundärforschung wurden Archivrecherchen vorgenommen und Interviews mit Zeitzeugen und Redenschreibern politischer Akteure nach Möglichkeit geführt, um weitere Informationen über den Entstehungsprozess, die Arbeit der Redenschreiber und rhetorische Vorgaben und Ziele zu erhalten.

1.3 Forschungsgegenstand und Quellenlage

Forschungsgegenstand ist nicht die staatliche Repräsentation auf verfassungsrechtlicher, politischer, rechts- und verwaltungstechnischer Ebene, sondern ihre symbolische Seite. Diese soll anhand der Rhetorik der Wiedervereinigung analysiert werden. Der Zeitraum der Wiedervereinigungsrhetorik wird auf das kurze

Jahr zwischen Mauerfall am 9.11.1989 und Tag der Deutschen Einheit am 3.10.1990 festgelegt. Die friedliche Revolution, als deren Beginn hier die Wiederaufnahme der Montagsdemonstrationen im September 1989 gelten soll, sowie der Mauerfall liefern einen wichtigen Hintergrund für die Rhetorik der Wiedervereinigung und ihre Analyse in Hinblick auf Repräsentation und Integration. Während der Mauerfall bereits wichtige rhetorische Strategien für die Wiedervereinigung zur Verfügung stellte, interessiert an den rhetorischen Formen der friedlichen Revolution, wie sie Öffentlichkeit herstellten, die Sprache aus der privaten Nische holten und ihr eine neue politische Rolle gaben, wie sie Angst lösend und somit initiiierend wirkten, wie sie die politische Realität veränderten und die politische Größe des souveränen Volkes konstituierten. Innerhalb des festgelegten Zeitraums sollen möglichst aussagekräftige Texte politischer Akteure¹² herangezogen werden. Die Relevanz misst sich sowohl an der formulierten Theorie als auch an der Prominenz der Redner, der Reichweite, der Resonanz, der Repräsentativität für einen bestimmten Diskurs, einer möglichen Stellung als Schlüsseltext sowie dem Umfeld. In Bezug auf die Wiedervereinigung im Kontext von Repräsentation und Integration bedeutet dies, dass zum einen Reden mit innenpolitischer Ausrichtung im Zentrum der Analyse stehen und dass zum anderen, im Sinne der Repräsentationskonkurrenz, Texte mehrerer Akteure mit unterschiedlichem Repräsentationsanspruch herangezogen werden sollen, dass aber zugleich ein Fokus auf die Akteure mit Repräsentationsvorrang gelegt wird. Zudem stehen Texte bei besonderen Ereignissen sowie aus den zentralen Diskursarenen im Vordergrund (vgl. Schwab-Trapp 2010; Hajer 2010). Die konkrete Auswahl der zu analysierenden Texte erfolgt im Kapitel 2.4 zur Methodik.

Bezüglich der Verfügbarkeit dieser Texte lässt sich sagen, dass die Quellenlage zur Rhetorik des Zeitraums 1989/90 aufgrund seiner Schlüssel- und Scharnierfunktion ausgesprochen gut ist. Im Folgenden sollen einschlägige Fundstellen für Primärquellen dargelegt werden. Zur friedlichen Revolution sind zahlreiche Dokumentationen, Bildbände und Chroniken entstanden, die – teilweise von Akteuren und Zeitzeugen der Revolution zusammengestellt – wichtige Dokumente zu den Oppositionsgruppen und Demonstrationen enthalten. Neben Gründungsaufrufen, Flugschriften und Programmen, Resolutionen und Reden auf Kundgebungen enthalten diese auch Auszüge aus Stellungnahmen der SED, aus Stasi-Berichten, Zeitungsberichten, Leserbriefen sowie Gedächtnisprotokollen Verhafteter (vgl. Gesamtdeutsches Institut 1990; Haufe/Bruckmeier 1993; Jüllig/Vorsteher 2009; Lau/Lau 1990; Müller-Enbergs 1992; Neues Forum Leipzig 1989; Nowak 1990; Rein 1989; Schüddekopf 1990b; Wimmer 1990). Gut doku-

12 Neben der Rhetorik politischer Akteure gab es eine intensive Debatte der Intellektuellen in Ost und West. Diese soll hier zwar erwähnt werden, da sie Einfluss auf den politischen Diskurs nahm, steht aber nicht im Vordergrund der Analyse.

mentiert sind auch die zahlreichen Losungen der Montagsdemonstrationen in Bild und Schrift (vgl. Schneider 1990b, Lindner 2010). Schwerpunkte legen die Bände Hahn et al. 1990 (ausschließlich zur Ost-Berliner Demonstration am 4.11.1989), Beier/Schwabe 2016b (Ansprachen und Reden, die auf den Leipziger Montagsdemonstrationen vom 9.10.1989 bis März 1990 gehalten wurden), Forum Verlag 1991 (Fotografien aus Leipzig vom Oktober 1989 bis Oktober 1990), Union Verlag Berlin 1990 (Abdruck der Ansprachen auf der Kundgebung des Neuen Forums am 18.11.1989 in Leipzig), Fischer/Heydemann 1995 (Konzentration auf Sachsen), Dornheim 1995 (Konzentration auf Erfurt) sowie Meckel/Gutzeit 1994 (mit eigenen Predigten und Dokumenten zur Gründung und Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR). Die Fürbitten und Friedensgebete der Leipziger Kirchen vom 4.9. bis 18.12.1989 dokumentiert Hanisch et al. 1990. Abgedruckt werden Begrüßungen, Predigten, Andachten, Gebete und Informationen der Kirchen, soweit Manuskripte auffindig gemacht werden konnten. Der Leipziger Gemeindepfarrer Hans-Jürgen Sievers versammelt in seinem „Stundenbuch einer deutschen Revolution“ (Sievers 1991) neben eigenen und fremden Predigten und Fürbitten auch Leserbriefe, Augenzeugenberichte und Ausschnitte aus Zeitungsartikeln. Auch Kuhn 1992, der sich dem 9. Oktober 1989 in Leipzig widmet, gibt Flugblätter, Aufrufe und Appelle sowie die Predigten der Montagsgebete in Auszügen wieder. Online bietet die Website ddr89.de eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten zur Bürgerbewegung vom September 1989 bis April 1990. Hier befinden sich, nach Themen, Organisationen sowie Tagen sortiert, Aufrufe, Resolutionen, Interviews, Erklärungen und Reden zum Teil mit Links zu Videoaufnahmen. Auch Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Verlautbarungen der SED, Sitzungsberichte des Zentralen Runden Tisches sowie Beschlüsse, Erklärungen und Gesetze der Volkskammer finden sich hier.

Gransow/Jarausch 1991 veröffentlichen Schlüsseltexte der Jahre 1989 und 1990 und beschränken sich dabei nicht nur auf politische Akteure der DDR und der Bundesrepublik, sondern nehmen auch Beiträge internationaler Politiker sowie deutscher Intellektueller auf, oftmals jedoch nur als Auszüge. Weniger Dokumente, dafür in längeren Auszügen und mit starkem Schwerpunkt auf Reden der politischen Schlüsselfiguren bietet Zanetti 1991. Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung wurde der Band Maier 1990 für die jüngere Generation erstellt. Hier finden sich neben den Gründungsaufrufen der Oppositionsgruppen und Stellungnahmen der SED auch Zeitungskommentare und stark verkürzte Redeauszüge. Die Bände Lindner 2010 sowie Keil/Kellerhoff 2014 vereinen zahlreiche Fotografien sowie Faksimiles von Originaldokumenten wie Zeitungsberichten oder Gründungsdokumenten. Petschull 1990 zitiert in länge-

ren Auszügen Reden und Beiträge von Helmut Kohl, Walter Momper, Richard von Weizsäcker und vom Neuen Forum.

Regierungsamtliche Quellen betreffend, sind die Verlautbarungen der SED-Führung im Neuen Deutschland abgedruckt, das unter www.nd-archiv.de komplett online verfügbar ist. Nakath/Stephan 1996 versammeln zentrale Akten der DDR zu den deutsch-deutschen Beziehungen zwischen 1987 bis 1990. Die Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 „Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit“ stellte 1998 noch vor Ablauf der üblichen regulären Sperrfrist zahlreiche Dokumente, darunter Gesprächsprotokolle, persönliche Schreiben des Bundeskanzlers, Strategiepapiere und Vorlagen, zur Verfügung und unterstrich damit die Bedeutung des Kanzleramtes im Wiedervereinigungsprozess (vgl. Rödder 2009, 452-454). Reden und Protokolle von Parlamentsdebatten oder auch Verträge und Gesetzestexte sind hier jedoch nicht abgedruckt. Von vornherein für die Öffentlichkeit produziert, wurden sie bereits kurz nach der Wiedervereinigung umfassend publiziert. Eine besondere Rolle spielen hierbei Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, in erster Linie das Bulletin, das wichtige Reden und Erklärungen der Bundesregierung und des Bundespräsidenten, aber auch Reden von Nicht-Regierungsmitgliedern bei Gedenkstunden in autorisierter Fassung enthält und komplett online unter www.bundesregierung.de verfügbar ist. Aufgrund der uneingeschränkten Zitierfähigkeit, der guten Verfügbarkeit und des Umfangs der dokumentierten Reden wird in dieser Arbeit das Bulletin als Quelle priorisiert.

Zudem veröffentlichte das Bundespresseamt bereits 1990/91 zahlreiche Ausgaben zum Einigungsvertrag, zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, den sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag. Neben den Gesetzestexten sind hier auch Reden und Erklärungen abgedruckt (vgl. u.a. BPA Vereinigung). Auch zusammenfassende Bände allein mit Reden zum 3. Oktober 1990 sowie von Helmut Kohl zum Thema Deutschlandpolitik im Zeitraum vom 22.8.1989 bis 17.1.1990 sind erschienen (vgl. BPA 3. Oktober 1990; BPA Kohl 1990). Massenmediale Quellen fassen die 25 bzw. 99 Bände „Deutschland 1989“ und „Deutschland 1990“ vom Bundespresseamt zusammen. Allein zwei Bände widmen sich dabei dem Tag der deutschen Einheit am 3.10.1990 (vgl. BPA Deutschland 1989 und BPA Deutschland 1990).¹³

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen setzte seine Reihe „Texte zur Deutschlandpolitik“, die seit 1967 bestand, für die Jahre 1989 und 1990 fort. Die Bände 7a, 8a und 8b bieten einen umfangreichen Fundus an Aus-

13 Vgl. zu den angegebenen Quellen den Abschnitt Editionen/Dokumentationen im Literaturverzeichnis. Quellen mit Dokumenten zur Wiedervereinigung unter Verwendung zahlreicher Gesetzestexte und Verträge sind auch Münch 1990 und Münch 1991.

zügen aus Regierungserklärungen, parlamentarischen Aussprachen, Reden mit deutschlandpolitischem Inhalt sowie an Gründungsaufrufen der Bürgerbewegung, Verlautbarungen und Verordnungen der DDR-Regierung, Wahlergebnissen und Gesetzestexten (vgl. BMiB Texte). Auch das Auswärtige Amt dokumentierte 1990 mit dem Sonderband „Umbruch in Europa“ die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989 unter der Verwendung zahlreicher Originaldokumente, darunter als Schwerpunkt Reden Hans-Dietrich Genschers, aber auch die wichtigsten Reden Helmut Kohls, Richard von Weizsäckers sowie ausländischer Politiker (vgl. Auswärtiges Amt 1990). Aus der Perspektive des Auswärtigen Amtes stellt sich auch der Band Kiessler/Elbe 1993 dar, der ebenfalls Reden Hans-Dietrich Genschers und Helmut Kohls sowie Kommunikés, EntschlieÙungen und Verträge abdruckt.

Protokolle zu den Bundestagsdebatten der Jahre 1989/90 bieten die Stenographischen Berichte des Deutschen Bundestages, die unter www.bundestag.de abrufbar sind. Ein Internet-Angebot des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de/volkskammer) gewährt Zugriff auf die stenographischen Protokolle und Druckschriften der 10. und letzten Volkskammer, von der konstituierenden Sitzung am 5.4.1990 bis zur letzten Sitzung am 2.10.1990. In der Mediathek dieses Online-Angebots sind zudem Aufnahmen der Tagungen in voller Länge zugänglich. Darüber hinaus stellt das Bundesarchiv sämtliche 730 Akten der 10. Volkskammer zur Verfügung. Die drei vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Bände „Auf dem Weg zur deutschen Einheit“ versammeln bedeutende deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag sowie in der Volkskammer der DDR vom 28.11.1989 bis 21.6.1990 (vgl. Deutscher Bundestag 1990a-c). Auch die Stenographischen Berichte der Sitzungen des Bundesrates der Jahre 1989/90 sind online unter www.bundesrat.de erreichbar. Vom Senat Berlin gibt es eine eigene Dokumentation zu den Reden, die am 10.11.1989 vor dem Rathaus Schöneberg gehalten wurden (vgl. Senatskanzlei Berlin). Von Berlin wurden auch die Reden bei der Ernennung Richard von Weizsäckers zum Ehrenbürger von Berlin am 29.6.1990 veröffentlicht (vgl. Berlin 29.6.1990). Fischer 2009 versammelt zahlreiche Dokumente aus den Akten der SPD-Führung aus den Jahren 1989 und 1990, darunter viele Sitzungsprotokolle aus Parteivorstand und Präsidium, aber auch Stellungnahmen, Erklärungen und Reden. Die Parteien veröffentlichten zudem Protokolle ihrer Parteitage, in denen die dort gehaltenen Reden dokumentiert sind.

Personenbezogene Redesammlungen, die Reden aus dem Zeitraum 1989/90 veröffentlichen, gibt es für Helmut Kohl (Kohl 1990; Kohl 1992; Kohl 1993), Hans-Dietrich Genscher (Genscher 1990; Genscher 1991), Richard von Weizsäcker (Weizsäcker 1990a, Weizsäcker 1990b; Weizsäcker 1991; Weizsäcker 1992; Weizsäcker 1994), Willy Brandt (unter dem Titel „...was zusammengehört“

Brandt 1990; Brandt 1993) sowie Christa Wolf (unter dem Titel „Reden im Herbst“ Wolf 1990). Die Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“, die Quellen aus dem Willy-Brandt-Archiv zugänglich macht, deckt mit dem 10. Band den Zeitraum 1989/90 ab. Veröffentlicht sind darin neben Reden auch Zeitungsbeiträge, Interviews, persönliche Schreiben sowie Sitzungsprotokolle. Zu Willy Brandts Rede vom 10.11.1989 vor dem West-Berliner Schöneberger Rathaus und seiner Rostocker Rede vom 6.12.1989 gibt es eigene Textveröffentlichungen (Garton Ash 2001b; SPD in der DDR 1989). Für Walter Momper, der als Regierender Bürgermeister Berlins während des Mauerfalls und des Wiedervereinigungsprozesses zur Figur nationaler Bedeutung aufstieg, fehlt eine solche Redesammlung. Auch die Wahlkampfreden Helmut Kohls und Hans-Dietrich Genschers sind kaum veröffentlicht. Allein Kohls Rede auf der Erfurter Wahlkampfkundgebung vom 20.2.1990 wurde vom CDU-Informationsdienst „Union in Deutschland“ (UiD) abgedruckt (Beilage zum UiD 8/1990). Die Wahlkampfreden Willy Brandts sind in „...was zusammengehört“ gut dokumentiert (Brandt 1990; Brandt 1993).

Hintergrundinformationen zu Rednern und zum politischen Kontext bieten auch Texteditionen mit bedeutenden Reden deutscher und internationaler Politiker, in denen sich einige Reden dieser Zeit befinden. Hier finden sich vor allem Willy Brandts Rede vom 10.11.1989 auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus (in Brodersen 2002b, Recker 1999), Helmut Kohls Rede zum Zehn-Punkte-Programm vom 28.11.1989 (in Ferdinand 2002, Recker 1999) sowie die Rede Richard von Weizsäckers beim Staatsakt am 3.10.1990 (in Recker 1999). Below/Mechtenberg 2006 drucken Christa Wolfs Rede vom 4.11.1989, Helmut Kohls Rede zur Öffnung des Brandenburger Tors am 22.11.1989 sowie Hans-Dietrich Genschers Rede vom 20.9.1990 ab. Jochen Läßigs Rede auf der Montagsdemonstration vom 30.10.1989 befindet sich in Recker 1999. Kiehl 2001 enthält als Textsammlung aller Weihnachts- und Neujahrsansprachen von 1949 bis 2000 die entsprechenden Reden Helmut Kohls und Richard von Weizsäckers aus den Jahren 1989 und 1990.

Für audiovisuelle Quellen wird das Internet immer wichtiger. Nicht nur die schriftlichen Texte diverser Reden werden nach und nach online gestellt, auch immer mehr Ton- oder Videoaufnahmen von Reden werden online veröffentlicht. Mittlerweile finden sich zahlreiche Websites, die die Umbruchzeit 1989/90 und ihre Rhetorik in Wort, Bild und Ton dokumentieren. Eine zuverlässige Fundstelle sind dabei die Internetauftritte von Regierungsstellen, öffentlich-rechtlichen Behörden sowie gemeinnützigen Organisationen, die Themenseiten zur friedlichen Revolution, zum Mauerfall und zur deutschen Wiedervereinigung zusammenstellen und dabei diverse Originalquellen zur Verfügung stellen. Die bereits oben erwähnte Mediathek der 10. Volkskammer der DDR im Bundestagsarchiv, die 2010 unter der Adresse www.bundestag.de/volkskammer online